Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle, Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle, Markt 24.

Nr. 124. Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 14. März **1907.**

Das Attentat in Sofia.

Ueber die Motive der Ermordung des bulgarischen Ministerpräsidenten Petkow ist das Geheimnis noch nicht gelüftet. Sprachen die ersten Meldungen von einem persönlichen Racheakt eines entlassenen Beamten, so glaubten weitere Berichte, die einen offiziösen Charakter trugen, bereits das Eingeständnis Petrows feststellen zu können, daß er Mitschuldige gehabt, daß es sich um eine Verschwörung gehandelt habe. Bulgarische Studenten in Belgrad sollen in das Geheimnis eingeweiht gewesen sein. Auch wurden bereits einige der angeblichen Gesinnungsgenossen Petrows in Haft genommen. Eine Aufklärung der Gründe, die zu dem Attentat führten, ist indes, wie schon gesagt, trotz aller dieser Berichte noch keineswegs erfolgt und wird vermutlich erst dann erwartet werden können, wenn der Prozeß gegen Petrow stattfindet.

Es liegt nahe bei dem jetzt verübten Morde in Sofia an die furchtbare Bluttat zurückzudenken, der am 15. Juli 1895 der vom Amte zurückgetretene Gewaltherrscher Bulgariens, Stambulow, zum Opfer fiel. Stambulow war ebenso wie Petkow ein nachdrücklicher Freund des guten Einvernehmens Bulgariens mit der Türkei. Wie Stambulow in der Sobranje und im Lande dem russischen Einfluß mit kräftiger Faust entgegentrat, so erweiterte er bekanntlich durch ein günstiges Abkommen mit der Pforte den Einfluß Bulgariens auf die Gestaltung der Kirchen- und Schulverhältnisse in Macedonien. Diese Politik führte zu einer starken Anfeindung des Fürsten Ferdinand seitens der russenfreundlichen Kreise seines Landes, und zu jener Entfremdung zwischen Minister und Fürst, der Stambulow im Frühling des Jahres 1894 weichen mußte. Bald nach seinem Rücktritt und seiner Ermordung erfolgte dann der Ausgleich zwischen Sofia und Petersburg, der durch den Uebertritt des Prinzen Boris zum orthodoxen Glauben und durch die vom Zaren erfolgende Anerkennung Ferdinands als Fürst von Bulgarien besiegelt wurde. Die inneren Wirren in Bulgarien aber hörten nicht auf, und in der Folgezeit schwankten die bulgarischen Regierungen in ihren Sympathien bald nach der russischen, bald nach der türkischen und englischen Seite.

Ein neuer Aufschwung zu einer kräftigen selbständigen bulgarischen Politik wurde seitens Grekows unternommen, der große Anleiheprojekte durchzuführen und eine intensive Eisenbahnpolitik zu befolgen suchte. Er scheiterte an der starken Steuerbelastung, welche seine Pläne dem Lande verursachten, zumal er auch eine Reduzierung der Beamtengehälter vorzunehmen sich genötigt sah. Demselben finanziellen Notstande fiel auch das Ministerium Karawelow im Jahre 1901 zum Opfer, bis es schließlich Danew gelang, wenigstens eine Anleihe von 106 Millionen Frcs. im Jahre 1902 zu stande zu bringen. Doch konnte sich Danew, als von Bulgarien aus die macedonische Bewegung geschürt wurde, türkischen und russisch-österreich-ungarischen Drohnoten gegenüber nicht halten und so gelangte schließlich im Jahre 1903 General Petrow ans Ruder, der einen Ausgleich mit der Türkei in der macedonischen Frage wieder herbeiführte.

Petkow, der nach Petrows Rücktritt das Ministerpräsidium übernahm, war seit 1903 Minister des Innern gewesen, während Genadjew das Ministerium für Handel und Ackerbau verwaltete. Wie Stambulow war auch Petkow, der zur Partei der Stambulowisten gehörte, der Förderer einer starken bulgarischen Nationalpolitik. Aus dem Nachrufe, der ihm in der Sobranje gehalten wurde, ist hervorzuheben, daß er in den Kämpfen am Schipkapaß, die er als Jüngling im Jahre 1877 mitgemacht hat, eine Hand verloren hatte. Er wurde Kanzleisekretär, doch brachte ihn das Eintreten gegen den Fürsten Battenberg alsbald um seine Stelle, ja sogar auf anderthalb Jahre ins Gefängnis. Nach dieser Episode seines Lebens wandte er sich dem Journalismus zu, der ihn mit Stambulow zusammenführte. Seite an Seite mit diesem erlebte er die furchtbare Bluttat des Jahres 1895, da er sich in demselben Wagen befand, in welchem Stambulow von den Mordstreichen Haljus verstümmelt wurde. Er hielt dem ermordeten Freunde die Treue, indem er furchtlos bei der Beerdigung Stambulows auftrat und die greise Mutter Stambulows, die dem Sarge folgte, geleitete.

Hatte Petkow als Bürgermeister von Sofia, als Minister der öffentlichen Arbeiten und als Präsident der Sobranje ehedem Stambulows Politik zu fördern gesucht, so nahm er in dem Ministerium Petrow als Leiter des Innern Hand in Hand mit Genadjew jene Politik auf, die durch ein handels- und wirtschaftspolitisches Abkommen mit Serbien und durch politische Vereinbarungen der kleinen Balkanstaaten die Bedeutung Bulgariens zu einer gewissen Höhe zu bringen trachtete. Ihm schwebte die Erreichung eines starken Großbulgariens vor und gerade die letzten Jahre sind überaus bezeichnend für die Fortschritte, welche in dieser Richtung durch bulgarische Initiative erreicht worden sind. Es liegt nahe, daran zu denken, daß diejenige Partei, die Stambulow aus dem Wege räumte, auch ihn beseitigte. Bei Petkow fand der russische Wunsch, in Bulgarien nichts anderes als einen russischen Vorposten gegen die Pforte zu sehen, keinen Anklang. Er strebte nach friedlicher Verständigung mit der Pforte, um zu einer wirtschaftlichen und handelspolitischen Erstarkung Bulgariens zu gelangen, die allein die Grundlage der politischen Bedeutung seines Landes sein kann.

Daß Bulgarien durch seine Ermordung ein großer Verlust beigebracht worden ist, unterliegt keinem Zweifel. Schwerlich aber wird es gelingen, die bulgarische Vorwärtsbewegung so aufzuhalten, daß das Land russische Satrapie wird oder ein bedeutungsloser türkischer Vasallenstaat bleibt. Mit der Zeit läßt sich unmöglich die bulgarisch-macedonische Emanzipation aufhalten. Ueberaus wesentlich aber wird es sein, zu erfahren, wie sich die junge russisch-englische Freundschaft mit diesem eigenartigen Zwischenfalle abfinden wird, zumal England in der bulgarischen Frage recht nervös und empfindlich zu sein pflegt. F. W.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Eine Korrespondenz behauptet bekanntlich, daß der Reichskanzler die Villa Malta in Rom gekauft habe. Der Kaufpreis soll 2 Millionen Mark betragen und die Uebergabe im Jahre 1909 erfolgen. Ein Berliner Blatt bemerkt dazu: Sollte daraus irgendwo geschlossen werden, daß Fürst Bülow daran denke, in absehbarer Zeit seinen Wohnsitz nach Rom zu verlegen, so würde das ein Trugschluß sein.

Der Reichskanzler über Tarifverträge.

Die neueste Nummer der „Sozialen Praxis" veröffentlicht folgendes Schreiben des Reichskanzlers an die Gesellschaft für soziale Reform:

Berlin, 11. März. Von dem mir übersandten Protokoll über die Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Gegenüber den Hemmnissen, die selbst bei gutem Willen der Beteiligten dem Abschluß von Tarifverträgen in der Großindustrie entgegenstehen, ist in den dort gepflogenen Verhandlungen mancher dankenswerte Hinweis gegeben worden, wie mit Hilfe eingehender Sachkenntnis und persönlicher Gesinnung es gelingen könnte, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Im Interesse des sozialen Friedens und unserer wirtschaftlichen Entwicklung hoffe ich, daß bei einer weiteren Vertiefung dieser Frage eine oder die andere jener Anregungen sich als zweckdienlich erweisen und zu einer Verminderung der Arbeitskämpfe führen wird. (gez.) Bülow.

Die Verhandlungen der letzten Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform waren den Methoden des gewerblichen Einigungswesens gewidmet. Sie sind in stenographischer Wiedergabe als Heft 23/24 der Schriften der Gesellschaft im Verlag von Gustav Fischer, Jena, erschienen.

Warenhaussteuerung in Sachsen-Weimar.

Mit der Einführung einer Warenhaus-Umsatzsteuer, wie sie bereits in Preußen, Bayern, Württemberg, Baden, Anhalt und Braunschweig durchgeführt ist, trägt man sich jetzt auch im Großherzogtum Sachsen-Weimar. Dem Landtage lag in seiner letzten Sitzung ein vom Abg. v. Richthofen eingebrachter Antrag vor: „Der Landtag wolle beschließen, an die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine wirksame Besteuerung der im Großherzogtum bestehenden Warenhäuser und Filialen auswärtiger Firmen nach dem Maßstabe ihres Umsatzes und der Zahl des Personals, sowie außerdem eine Besteuerung der von den bezeichneten Unternehmungen betriebenen Zeitungsreklame nach dem Maßstabe des von ihren Anzeigen eingenommenen Flächenraumes vorsieht und ferner Bestimmungen darüber trifft, daß die Erträgnisse dieser Steuer vorzugsweise zur Förderung des Kleingewerbes und Handwerks Verwendung finden sollen." Bei der Begründung des Antrages, der dem Ausschuß für Verwaltungsgesetzgebung überwiesen wurde, führte Frhr. v. Richthofen unter anderem aus, daß die Warenhaussteuer nicht dazu dienen solle, diesen Betrieben überhaupt den Garaus zu machen, sie solle nur helfen, den Zerreibungsprozeß zu verlangsamen, dem der Mittelstand unterliege, damit es in der Zwischenzeit gelinge, die Selbsthilfe anzuspornen.

Russische Studenten in Dresden.

Sechs russische Studenten der Technischen Hochschule in Dresden hatten sich am Montag vor dem Dresdener Schöffengericht zu verantworten. Sie waren beschuldigt, unter dem Deckmantel eines von russischen Studenten gegründeten Vereins, der „Lesehalle", als deren Vorstandsmitglieder mit der russischen revolutionären Partei und dem russischen jüdischen Arbeiterbunde ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern in Verbindung getreten zu sein, den Verein nicht angemeldet und die Vereinsversammlungen ohne vorherige Anzeige abgehalten zu haben. Die Polizei wurde auf den Verein der russischen Studenten aufmerksam, als sie im Jahre 1905 die Anzeige erhielt, daß sich in Dresden ein Zweig des Genfer Zentralkomitees der russischen sozialdemokratischen Partei befände. Der Verein wurde infolgedessen scharf beobachtet und es wurde festgestellt, daß sich seine Mitglieder lebhaft mit russischer und deutscher Politik beschäftigten. Beispielsweise wurden Vorträge über die russisch

Feuilleton.

Fritz v. Uhde über seine religiöse Malerei.

In ihrem Märzheft bringen Velhagen & Klasings Monatshefte einen sehr interessanten Besuch bei Fritz v. Uhde; besonders fesselnd dürfte das sein, was der Meister über seine religiöse Malerei äußert. Wir geben mit Erlaubnis der Redaktion die nachstehenden charakteristischen Stellen wieder:

„Mein Vater war bereits tot", sagte Uhde, „als ich mein erstes religiöses Bild begann. Meine Christusbilder sind wohl auch kaum als eine besondere religiöse Malerei aufzufassen, wie etwa die Steinhausens, der wohl ein frommer Maler ist, — es liegt eben anders und viel einfacher . . ."

Und nun entwickelte der Künstler eine schlichte und in ihrer Schlichtheit ergreifend tiefe und schöne Erklärung dafür, wie er auf seine Christusbilder gekommen ist. Um den Duft des Selbstbekenntnisses zu wahren — bei einer Persönlichkeit mit so großem künstlerischen Können und von solch innerem Wert kommt es auf schönen Satzbau wahrhaftig nicht an — lasse ich den Künstler plaudern, wie ich es möglichst treu festgehalten habe:

„Als ich so in die Moderne hineinkam, respektive aus dem Schwarzen heraus ins Licht, als ich aus der ewigen braunen Ateliertunke losstrebte, da habe ich gedacht: etwas muß dabei sein, das die Leute innerlich packt, sonst kann man ja mit seinen Bildern keinen Hund hinterm Ofen hervorlocken. Ich wollte nicht bloß Naturstudien geben, ich suchte Inhalt; sonst sind, dachte ich, die Bilder ja von Haus aus schon zu langweilig. Die Impressionisten wollen nur eine neue materische Formel. Ich suchte so was wie Seele. So ist das erste Bild dieser Art entstanden: „Lasset die Kindlein zu mir kommen", im Winter 83/84: aus dem Drang, etwas mehr geben zu wollen als bloße Abschrift aus der Natur. Ich war damals gerade bei der Kindermalerei, die nicht mehr erfreute als die Studien an Erwachsenen. Ich wollte auch den Kindern etwas mehr geben. Hatte wohl mal gesehen, wie die Kinder an einen Geistlichen herangetreten — das habe ich benutzt. So bin ich hineingekommen. Man wird im Leben immer mehr geschoben, als daß man schiebt. Es ging ganz nach und nach — und dann packte mich eben der Stoff und die Gestalt selber . . .

„. . . meine sogenannte religiöse Malerei ist nicht der Kern, sondern nur ein Teil meiner Kunst. Uebrigens habe ich die Person Christi losgelöst von der dogmatischen Religion benutzt. Der historische Christus im Bilde — ich habe ja auch ein paar Sachen der Art machen müssen — hat mich nicht in dem Maße interessiert. Ich wollte immer nur den Christus von heute geben, ihn, der jeden Tag kommen könnte. Es ist aber noch etwas anderes dabei . . .

„Alle diese Bilder sind mehr oder weniger malerische Probleme. Für die Erscheinung des Lichts paßt die Person Christi wunderbar schön. Er wurde mir zum Problem des Lichtes. Bei dem großen Altarbild, das ich vor zwei Jahren für Zwickau gemalt habe", — der Künstler deutete auf den in der Nähe stehenden ersten Entwurf dazu — „da habe ich etwa gedacht: das Licht in der Welt erscheint mit der Person Christi. Matthäi 4, 16 war als Thema gestellt; aber ebenso gut kann es jede andere ähnliche Stelle sein. Also: Lichtbringer in die Finsternis der Welt und der Farben! Die „Jünger von Emaus', das „Tischgebet": immer ist es dasselbe Lichtproblem, der Gegenstand kommt für mich erst in zweiter Linie.

„Ende der Siebziger, Anfang der Achtziger war es, daß man überall heraus wollte aus dem dunklen Atelierton von Braun und Schwarz." — Uhde ist einer der verdienstvollsten Vorkämpfer dieser Entwicklung. — „Einige Franzosen gingen voraus, bei uns Liebermann; die wollten das Licht aus der Natur herausfinden; ich wollte außer dem Licht noch Innerlichkeit, und so kam ich darauf: ich griff die Verkörperung des Lichtes auf, Christus." —

Die seelenvolle Stimme, die durch den hohen ernsten Raum geklungen, schwieg. Der Meister saß in Erinnerungen versunken. Der Christusmaler ein Lichtsucher! Uhde eigentlich „der Maler des Lichts!"

. . . Am Schluß des Artikels sagt Uhde dann weiter:

„Vielleicht war es überhaupt für mich ein Irrtum, Christus zu malen. Eine spätere Zeit wird entscheiden, ob ich recht damit getan habe, Christus wieder in die Kunst hineinzuziehen, und wenn auch nur als Verkörperung des Lichts, wie ich es auffasse; oder ob die französischen Impressionisten mehr Recht haben mit ihren Lichtbringern, den alten Niederländern und Spaniern, die sie noch lange nicht erreicht haben. Man kann und dürfte Christus eigentlich gar nicht malen. Meine Art ist ja auch nur als Versuch aufzufassen. Und ich habe ihn halt gebraucht, ich wollte auf den größeren Inhalt meiner Malerei nicht verzichten . . .

„Das Streben nach dem Licht hatte ich auch als Mensch allezeit . . .

„Vielleicht wäre Rembrandt ohne seine religiösen Bilder derselbe Rembrandt. Aber ich glaube das doch nicht. Vielleicht wäre eine Kunst, die, ohne Christus zu geben, doch religiös wäre, größer und hätte noch tiefere Werte! Vielleicht, wenn man noch tiefer hineingegangen wäre ins Lichtproblem, daß man die Gestalt des Heilands selbst doch hätte entbehren können . . .

„Aber das wäre heute schon technisch kaum möglich. Daher habe ich den ‚Meister' zum Träger meiner Kunst genommen. Ich wollte die Dinge aus dem Dunkel erlösen. Wie Rembrandt alles, was er anfaßte, durch Licht vergeistigte. Jetzt müht man sich ja wohl von der entgegengesetzten Seite her das Problem zu lösen, nicht vom Dunklen, sondern vom Weißen her; aber es erscheint mir wie das Resultat aus der Verzweiflung, daß man Velasquez und Monet doch nicht mehr erreicht. Mit diesen Mitteln, scheint mir ist der Weg zu ihnen nicht zu finden. Diese Bilder in in Weiß haben nichts mit Licht zu tun. Während Velasquez aus der Tiefe ein kolossales Licht holte und Räume schuf, durchleuchtet, wie wir es nicht mehr können.

„Der aber, den ich am meisten verehre, ist Rembrandt. Rubens, Velasquez haben sicher viel besser gemalt als Rembrandt; aber dieser war doch der größte aller Maler, weil er der menschlich mächtigste war. Seine Auffassung der Dinge war fabelhaft und ganz von innen heraus, kraft seiner Liebe für alles. Er hatte etwas, das über die Malerei hinausging, er besaß reinste Genialität. Er war vielleicht der einzige, der wirklich Christus malen konnte. Dies ist, wenn Sie wollen, mein künstlerisches Glaubensbekenntnis."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070314028/fragment/page=0001

Revolution gehalten, sozialdemokratische Agitation getrieben, Gelder, die für die Opfer des Pogroms in Rußland gesammelt worden waren, an die Zentralstelle der sozialdemokratischen revolutionären Partei gesendet und zeitweilig zahlreiche russische Flüchtlinge in der „Lesehalle" empfangen, so daß es den Anschein gewann, als sei diese ein Sammelplatz der russischen Revolutionäre in Deutschland. Bei einer Haussuchung wurden jedoch keine derartigen Beweise für diese Vorkommnisse gefunden, daß der Gerichtshof, auf sie gestützt, zu einer Verurteilung hätte gelangen können, um so weniger als die Angeklagten, die gegen die ihnen auferlegte Polizeistrafe von 75 M. pro Person Einspruch erhoben hatten, alles bestritten. Das Gericht sprach daher nach etwa neunstündiger Verhandlung die Russen sämtlich frei, da der Nachweis politischer Belästigung nicht erbracht worden sei und die „Lesehalle" kein Verein sei, der sich mit öffentlichen Angelegenheiten befasse. Doch jugte der Vorsitzende des Gerichts, wohl mit Rücksicht auf den Gesamteindruck, der die Verhandlung hervorgerufen, warnend hinzu, die russischen Studenten befänden sich in einem fremden Lande, in dem man nicht dulden werde, daß sich revolutionäre Bestrebungen gegen das mit Deutschland befreundete Rußland geltend machten.

Die Lohnbewegung im Schneidergewerbe.

Dem Schneidergewerbe stehen große Lohnkämpfe bevor, da bekanntlich der Arbeitgeber-Schutzverband für das Schneidergewerbe auf seinem Münchener Verbandstage den Beschluß gefaßt hat, an allen Orten, wo neue Tarifforderungen aufgestellt werden, Gegentarife einzureichen und bei deren Nichtannahme bis zum 15. März die Gehilfen auszusperren. In Leipzig haben nun die in der Tarifbewegung stehenden Damenschneider und -Schneiderinnen, da ihre Forderungen von den Arbeitgebern abgelehnt worden sind, das Gewerbegericht als Schiedsgericht angerufen. Allem Anscheln nach scheint aber ein Streik unvermeidlich zu sein. In Eisenach ist dieser im gesamten Schneidergewerbe bereits ausgebrochen.

Justiz in Südwestafrika.

Der Farmer Schaepe schreibt in einem am 20. Januar 1907 aus Südwestafrika abgesandten Briefe:

Der Aufstand scheint, den letzten Meldungen nach, sich so langsam seinem Ende zuzuneigen. Es wird auch Zeit! — Viehdiebstähle dagegen gehen weiter. Am 10. September v. J. wurden mir 13 Zugochsen gestohlen; ich ritt sofort mit einem Mann meiner Bedienung und einem treuen Eingeborenen hinterher, nahm von Hohenwarthe aus noch drei Mann Verstärkung mit. Am 3. Tage morgens 9 Uhr stießen wir ganz unverhofft auf ein 40 bis 50 Kopf starke Werft, mitten in den Bergen in der Nähe von Halfen. — Da wir zu schwach waren, die Werft zu umzingeln, nahmen wir dieselbe sofort unter Feuer. — Nur ein Gegenschuß fiel! — Die Kerle waren so überrascht, daß sie alles stehen und liegen ließen und Hals über Kopf im Busch verschwanden! Ungefähr 20 Tote blieben auf dem Platze und bei der Verfolgung. Ein Gewehr M. 88 wurde erbeutet. Meine Ochsen waren aber alle abgeschlachtet, zerschnitten und zum Trocknen in Streifen geschnitten aufgehängt. Dies hatten die Kerls in der letzten Nacht gemacht. Nur 15 Köpfe bewiesen, was hier vorgefallen. Zwei Köpfe stammten von wo anders. Die Werft (21 Hütten) wurde von uns in Brand gesteckt. Da wir durch den zweistündigen Ritt sehr strapaziert, mußten wir von weiterer Verfolgung absehen! Dies passiert jetzt noch nach 2½ Jahren 42 Kilometer von Windhuk entfernt und wird weiter geschehen, wenn wir nicht ganz energisch dagegen auftreten und unerbittlich jeden Viehdieb runterholen. Hier nutzt das Unterhandeln nichts. Ersatz wird nichts und so ist dies ein Verlust von rund 5000 M., da die Ochsen augenblicklich 400 M. im Werte stehen. Sonst ist hier bei mir wieder alles in Ordnung und denke ich, mein letzter Zug hat den Kerls gezeigt, daß ein 58er sich nicht auf der Nase herumtanzen läßt. Ich nehme an, daß sie mich vorläufig in Ruhe lassen werden!

Was sagt die Regierung zu dieser Art von Selbsthilfe, durch die wegen eines Viehdiebstahls 20 Schwarze niedergeknallt und 21 Hütten in Brand gesteckt werden? Auf solche Weise kann es doch unmöglich weiter gehen.

Parlamentarisches.

— Die Beamtenpensionsgesetze sind bekanntlich von der Staatsregierung zuerst dem Herrenhause vorgelegt worden. Artikel 62 der Verfassung bestimmt, daß Finanzgesetzentwürfe zuerst dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden müssen. Ein Berichterstatter meldet, daß das Abgeordnetenhaus in dieser Frage die Staatsregierung interpellieren wolle. In Herrenhauskreisen sei man jedoch der Meinung, daß eine Verfassungswidrigkeit nicht begangen sei, da es sich um eine Novelle für ein bestehendes Gesetz handelt und solche Novellen schon früher dem Herrenhause zuerst vorgelegt worden sind.

Hygiene und Medizinalwesen.

— In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erklärte der Unterstaatssekretär auf eine Anfrage, daß die Verhandlungen über die Trennung der Medizinal-Abteilung von dem Kultusministerium zurzeit sich in der Schwebe befinden. Bekanntlich hat auch der Minister des Innern in der Budgetkommission erklärt, daß er allerdings nicht glaube, daß die Sache ruhen werde. Der Unterstaatssekretär erklärte weiter, daß es zweckmäßiger sei, den Vorsitz der Medizinal-Abteilung bei einem Verwaltungsbeamten zu belassen, als dieselbe einem Mediziner zu übertragen. (?) Die Frage, ob an die Spitze der Medizinaldeputation ein Mediziner zu stellen sei, sei offen.

Verwaltung und Rechtspflege.

— In Athen wurde ein Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und Griechenland unterzeichnet.

— In der zweiten hessischen Kammer sprach sich der Justizminister gegen die bedingte Verurteilung aus.

Lohnbewegung.

— Die Zahl der Ausgesperrten im Hamburger Hafen beträgt jetzt 3650, die Zahl der angekommenen englischen Arbeiter 1500.

— Der Hamburger Hafenbetriebsverein ist in Verhandlungen mit der Kommission der Schauerleute eingetreten.

Heer und Flotte.

— Die von der „Rhein.-Westf. Ztg." verbreitete Nachricht über den geplanten Ankauf des Oberlandes von Helgoland zur Umwandlung in eine starke Seefestung ist, der „Disch. Tagesztg." zufolge, unzutreffend. Es handelt sich lediglich um eine Verbesserung der Befestigung, welche 1,200,000 M. Kosten verursachen wird, von denen zunächst nur eine halbe Million beantragt wird. Größere Terrainankäufe sind dazu nicht erforderlich.

— Kaiserliche Marine. „Falke" ist auf der Heimreise am 12. März in Lissabon eingetroffen und am 13. März von dort nach Falmouth in See gegangen. „Sperber" ist am 12. März in Kapstadt eingetroffen, um dort etwa 6 Wochen zur Ausführung von Reparaturen zu bleiben. „Leipzig" ist am 12. März in Schanghai eingetroffen. „Lucchs" ist am 13. März von Schanghai nach Tsingtau in See gegangen.

Koloniales.

— Kolonialdirektor Dernburg wird seine Kolonialreise voraussichtlich am 15. Mai antreten. Voraussetzung hierzu ist, daß der Reichstag bis dahin mit den Etatsberatungen fertig geworden ist. Zunächst wird der Kolonialdirektor Deutsch-Ostafrika besuchen. Südwestafrika wird er nicht besuchen können, weil er sonst bis zum Neubeginn der Parlamentssession nicht wieder in Berlin sein könnte. Dernburg wird von einem Stabe von Tagesschriftstellern begleitet werden.

Deutsche Fluß- und Kanalschiffahrt.

[Nachdr. verb.] Hg. Berlin, 13. März.

Der Zentralverein für Hebung der deutschen Fluß- und Kanalschiffahrt hielt heute unter Vorsitz des Geheimen Justizrats Krause unter zahlreicher Beteiligung seine diesjährige Hauptversammlung ab. Aus dem vom Generalsekretär Nagoczy erstatteten Geschäftsbericht geht hervor, daß das verflossene Jahr für die Binnenschiffahrt ein günstiges war. Die Kanalprojekte Lippen-Weser und Berlin-Stettin seien in greifbare Nähe gerückt. Aber große Aufgaben blieben dem Verein noch zur Lösung vorbehalten, so vor allem die Fortsetzung des Mittellands-Kanals bis Magdeburg, der natürliche Schiffahrtskanal, die Regelung des Schifferschulwesens, die soziale Fürsorge für die Binnenschiffer und die Frage des Befähigungsnachweises für Binnenschiffer. Das größte Interesse des abgelaufenen Jahres nahm der Streit um die Einführung von Schiffahrtsabgaben auf natürlichen Wasserstraßen in Anspruch. Der Verein verhält sich ihr gegenüber nach wie vor ablehnend und hält sie für verfassungswidrig. Sollte es aber zur Einführung von Schiffahrtsabgaben dennoch kommen, so müsse die Bemessung der Tarife von der Rücksichtnahme auf die Lebensfähigkeit der Binnenschiffahrt geleitet werden. (Beifall). Die nächste Ausschußsitzung soll in Dresden, die diesjährige Wanderversammlung in Königsberg stattfinden. Geschäfts- und Kassenbericht wurden genehmigt. Für die durch Tod ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder Blumke-Bromberg und Jacobi-Straßburg werden Direktor Müller-Bromberg und Stadtverordneter Ungemach-Straßburg gewählt. Die Reihe der sächsischen Vorträge wurde eröffnet mit einem Referat über die Frage der Kanalisierung der Mosel und Saar, das Dr. Kreuzkam-Berlin erstattete. — Syndikus Dr. Tille-Saarbrücken unterstützte diese Ausführungen. In der Diskussion vertraten die Landtagsabgeordneten Dr. Bäumer und Hirsch-Essen den Standpunkt, daß sich der Zentralverein auf Grund dieser einseitig vom Standpunkt der Saar- und Moselinteressenten gehaltenen Referate unmöglich durch einen Beschluß binden könne. — Bürgermeister Böhnen-Diedenhofen stellte die Kanalisierung der Mosel und Saar als eine Dankespflicht gegen das Land hin, das nach dem Kriege deutsch geworden sei. Wäre der Krieg nicht gekommen, so würden Mosel und Saar bis zur preußischen Grenze längst kanalisiert sein. — Der Verein stimmte einmütig einer Resolution zu, die in Anerkennung der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Mosel- und Saarkanalisierung die schleunige Einberufung eines Mosellandtages fordert, auf dem die gegen die Kanalisierung erhobenen Bedenken klargestellt werden sollen. Zum Schluß sprach Syndikus Dr. Wickert-Wetzlar für eine Kanalisierung der Lahn. — Damit schloß die Hauptversammlung.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichts der Morgenausgabe.)

Abg. Müller-Meiningen (frs. Vp.) führt in seiner Rede zur Reform der Strafprozeßordnung weiter aus: Ich verstehe es nicht, wie die preußischen Oberlandesgerichtspräsidenten zu dem Schluß kommen konnten, daß es in Preußen an den nötigen Schöffen fehlen sollte. Ueber die wichtige Frage der Diätenzahlung an die Schöffen hat der Staatssekretär kein Wort gesprochen. Auch über das Vorverfahren sprach er nicht, und doch sind sich alle Parteien darüber einig, daß das Vorverfahren bei uns nichts taugt. Ein bekannter Landgerichtsrat hat gesagt, daß der Untersuchungsrichter eigentlich nur ein verkappter Staatsanwalt ist. Wie schlecht es mit unserem Vorverfahren bestellt ist, zeigen die Fälle Zander und Häusler. Ferner hat der Staatssekretär gar nichts über den Zeugnißzwang der Redakteure gesagt. Diese unmoralische Einrichtung sollte man doch endlich beseitigen. Ferner muß das Eideswesen reformiert werden; denken Sie nur an den Eid der Dissidenten! Bei dieser Gelegenheit könnte man auch die Immunität der Abgeordneten mit hineinbeziehen; es darf nicht mehr vorkommen, daß ein einzelner Abgeordneter den ganzen Reichstag bloßstellt. Sehr mit Recht hat der Oberbürgermeister Adickes den englischen Richter gelobt. Der englische Richter steht weit mehr im praktischen Leben als der deutsche. Für die Einführung der Berufung sind auch wir. Dem Reichstag stehen große Aufgaben bevor. Ich hoffe, daß sie so gelöst werden, daß auch die liberalen Parteien in deren Namen ich spreche, ihnen zustimmen können. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Nieberding: Der Herr Vorredner hat gefragt, weshalb ich auf verschiedene Fragen keine Antwort gegeben habe. Dies lag in dem Wortlaut der Interpellation, an den ich mich streng halten mußte. Wenn ich auf alle Fragen eingegangen wäre, hätte ich den Rahmen der Interpellationen überschritten. Die Zusammensetzung der Schwurgerichte wird im wesentlichen dieselbe bleiben wie jetzt, hier hegt man also ohne Grund Besorgnis. Ueber alle Einzelheiten der Strafprozeßreform kann ich mich jetzt noch nicht aussprechen, da dieselben noch von den verbündeten Regierungen beraten werden. Hierzu gehört: die Voruntersuchung, der Zeugnißzwang, das Loyalitätsprinzip. Wenn über alle diese Fragen noch nichts veröffentlicht ist, so dürfen sie daraus noch nicht schließen, daß das Reichsjustizamt im Widerspruch mit dem Reichstag steht. Ueber die Zahlung von Diäten an Schöffen haben die verbündeten Regierungen noch gar keinen Beschluß gefaßt, ich kann daher darüber nichts sagen.

Abg. Dr. Varenhorst (Reichsp.): Herr Stadthagen hat für seine Behauptungen keine Beweise erbracht. Eine Justiz, die es jedem recht macht, kann es nicht geben. Ganz falsch ist die Behauptung, daß Handwerker und Landwirte nicht Schöffen und Geschworene würden. Auf dem Lande werden sie ausschließlich aus den Kreisen der Landwirte und Handwerker entnommen. In Berlin, das Herr Stadthagen allein zu kennen scheint, ist das allerdings nicht möglich. Meine Freunde freuen sich, daß die Reform in Fluß ist und hoffen, daß sie nicht ad calendas graecas vertagt wird. Wir legen den größten Wert auf die Einführung der Berufung und auf die großen Schöffengerichte. Ferner wünschen wir aus historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen eine Beibehaltung der kleinen Landgerichte. Wenn man den kleinen Staaten ihre Landgerichte nehmen wollte, so wäre das ein Eingriff in die Justizhoheit der kleinen Staaten. Darin stimme ich den Rednern der Linken bei, daß die Politik nicht in den Gerichtssaal gehört.

Abg. Dr. v. Mierczynski (Pole) führt aus, daß seine Partei auch für die Einführung der Berufung sei. Das Vertrauen, das die Rechte den preußischen Richtern zubilligte, könnten die Polen ihnen nicht schenken. In politischen Prozessen, namentlich den Polen gegenüber, hätten sie sich sehr parteiisch gezeigt. Ein Richter, der dem Ostmarkenverein angehöre, urteile nicht objektiv, sondern als politischer Parteigänger. Die Richter sollten doch alles vermeiden, was einen Schatten auf ihre Integrität werfen könnte. (Sehr wahr! bei den Polen.) Manche Urteilsbegründungen lesen sich fast so, wie hakatistische Leitartikel. Sehr oft komme es vor, daß Richter fortwährend annehmen, der Zeuge sei der deutschen Sprache mächtig. Hieraus resultierten die zahlreichen Ungebührstrafen, weil Zeugen nicht in deutscher Sprache antworten. Solche Strafen sollten aus diesem Anlaß überhaupt nicht verhängt werden.

Abg. Roth (Wirtsch. Vgg.) hält es für notwendig, daß das Laienelement auch zu den Strafkammern herangezogen werde. Der Berufsrichter könne nicht so wie der Laie die Gesichtspunkte des praktischen Lebens beurteilen, er komme auch durch die Gewohnheit leicht zu einer schablonenmäßigen Behandlung der einzelnen Fälle. Die hinreichende Zahl von geeigneten Laien werde sich gewiß finden lassen, wenn man ihnen Diäten gewähre. Notwendig sei auch die Einführung der Berufung gegen die Strafkammerurteile; bei der Militärverwaltung habe man sie ja auch und sie habe sich dort gut bewährt. Viel zu starker Gebrauch werde von dem Beweismittel der Vereidigung und auch von dem Ausschluß der Oeffentlichkeit gemacht. Wo dieser Ausschluß aber wirklich von Interesse sei, z. B. bei der Gefährdung von Geschäftsgeheimnissen, da erfolge er nicht. Die Verhängung der Untersuchungshaft sollte viel mehr eingeschränkt werden. Es sei zu wünschen, daß wir von der Regierung bald Taten sehen und einen der modernen Entwicklung entsprechenden Entwurf erhalten. (Beifall.)

Abg. Dove (frs. Vgg.) bedauert, daß die allgemein als dringlich anerkannte Strafprozeßreform so langsam vorwärts schreitet. Die Hinderungsgründe liegen nicht beim Reichsjustizamt. Die Schwurgerichte müßten erhalten bleiben, das Verfahren bedürfe aber in manchen Punkten der Abänderung. Auf die gegen die Schwurgerichte sich wendenden Beschlüsse der kriminalistischen Vereinigung sei nicht allzuviel zu geben; solche Beschlüsse hingen zu sehr von Zufallsmomenten ab. Die Schrift des Oberbürgermeisters Adickes betrachte auch er für eine hochverdienstliche Tat. Trotzdem erkläre sie nicht die gegenwärtige Verzögerung. Wenn der Staatssekretär im bisherigen Tempo weiter erwäge, dann könnte er sich schließlich mit dem Abg. Stadthagen vereinigen, der eine gründliche Reform des Strafprozesses auf dem Boden der jetzigen Gesellschaftsordnung überhaupt nicht für möglich hält. Dann käme man also zu dem Resultat: erst eine neue Gesellschaftsordnung, dann eine neue Strafprozeßordnung. (Heiterkeit.) Die Zeit des Hauses könnte besser als durch die Besprechung von Interpellationen ausgenutzt werden, wenn wir konkrete Vorlagen bekämen. Vor allem halten auch wir die Reform des Vorverfahrens für dringend notwendig. Hier handelt es sich um Beseitigung von Resten des mittelalterlichen Inquisitionsverfahrens. Wir bitten, uns baldigst mit einer Vorlage zu kommen, die dem modernen Geiste Rechnung trägt. (Beifall.)

Abg. Werner (Antis.) fordert auch, daß in der Behandlung dieser wichtigen Materie, an der das ganze deutsche Volk interessiert sei, ein schnelleres Tempo eingeschlagen werde. Auch er halte es für unbedingt notwendig, daß Schöffen und Geschworene Entschädigung bekommen. Einer Reform bedürfe auch die Polizeiaufsicht über entlassene Strafgefangene. Das beweise schlagend der Fall des sog. Hauptmanns von Köpenick, in dessen Verherrlichung übrigens die Presse viel geleistet habe. Vor allem müßte der Boreid wieder durch den Nacheid ersetzt werden. Die zu beeidigenden Aussagepunkte müßten exakt sorgfältig protokolliert werden, ehe sie beschworen werden. Die Zahl der Meineidsprozesse würde dann ganz wesentlich abnehmen. Endlich werde sich auch eine Reform der Zivilprozeßordnung nicht länger aufschieben lassen.

Abg. Storz (deutsche Vp.) hält die Kosten des Privatklageverfahrens für zu hoch. Sie seien höher, als die Kosten des Strafverfahrens. Es komme vor, daß Privatklagen nur zu dem Zwecke angestrengt werden, um dem Gegner große Kosten zu machen. Es müßte infolgedessen nach Art des B. G.-B. auch in das Strafgesetzbuch ein Chikanepargraph eingeführt werden. Auch er bedauere es, daß Beschuldigte vielfach in Untersuchungshaft genommen würden, auch wenn es sachlich nicht gerechtfertigt sei.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte eingebracht. Die Abstimmung über diesen Antrag bleibt zweifelhaft, es muß Auszählung (Hammelsprung) stattfinden. Diese ergibt, daß 121 Abgeordnete für, 133 gegen den Antrag waren. Der Antrag auf Schluß der Debatte ist also abgelehnt. Das Resultat der Abstimmung wird mit großer Heiterkeit, die sich gar nicht legen will, begrüßt. Unter allgemeinem Hallo nimmt hierauf das Wort

Abg. Stadthagen (Soz.), der gegen den Abg. Dr. Varenhorst polemisiert.

Abg. Dr. Heckscher (frs. Vg.): Ich habe aus den Darlegungen des Staatssekretärs den Eindruck gewonnen, daß Diäten für die Schöffen nur gewährt werden sollten, um auch minder bemittelten Leuten und Arbeitern es zu ermöglichen, Schöffendienst zu tun. Eigentlich sollte man doch jetzt schon Arbeiter zum Schöffendienst heranziehen. Es wäre also die Pflicht des Reichsjustizamtes, darauf hinzuwirken, daß dies geschieht. Herr Varenhorst sprach von Handwerkern, von Bauern, von Arbeitern sprach er nicht. Wenn wir eine Reform der Strafverfahren wollen, müssen wir diesen Ausnahmezustand für die Arbeiter beseitigen. In einem Schwurgerichtsbezirk habe ich mal die Liste der Schöffen durchgesehen, unter 5070 Personen befand sich nur ein einziger Mann, der dem Arbeiterstande nahestand, nämlich ein Schornsteinfegergeselle; das war der ganze Vertreter der Arbeiter. Man sagt, ein Arbeiter könnte die Dienste eines Schöffen nicht leisten, weil er die Kosten nicht tragen könnte. Aber diese geringen Kosten können die Arbeiter schon tragen. Es würde sie mit Stolz erfüllen, wenn sie Schöffen würden, wie es in Hamburg bereits geschieht.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Meine Rede gibt keinen Anlaß zu den Schlüssen, die der Herr Vorredner gezogen hat. Das Gesetz verlangt es nicht, daß Arbeiter herangezogen werden, es schließt es nur nicht aus. Das ist etwas wesentlich anderes. Es läßt sich doch nicht leugnen, daß es Elemente in der Bevölkerung gibt, die sich nach ihrer ganzen Vorbildung nicht zum Schöffendienst eignen. Es liegt also kein Anlaß vor, an der Loyalität der bisherigen Praxis der Gerichte zu zweifeln.

Abg. Dr. Heckscher erwidert, daß man unter den Millionen von Arbeitern schon die tauglichen Leute herausfinden würde. In dem Gerichtsverfassungsgesetz stände kein Wort davon, daß die Arbeiter ständig ausgeschlossen werden müßten. Es handle sich hier nicht um eine Frage der Justizreform, sondern um eine Frage der Anwendung der bestehenden Gesetze.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Ich habe schon vorhin gesagt, daß die Diätenfrage dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorliegt. Ich kann daher darüber keine Erklärung abgeben. Was die Behauptung anlangt, daß in einzelnen Gegenden bestimmte Bevölkerungsklassen zu den Schöffen- und Schwurgerichten nicht hinzugezogen werden, so würde dies allerdings einen Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen bedeuten. Aber dann müssen einzelne Orte genannt werden (Lachen links); mit allgemeinen Beschuldigungen kann man nichts anfangen.

Abg. Dr. Varenhorst (Rp.): Wenn Arbeiter nicht zu Geschworenen genommen werden, so liegt das daran, daß den Geschworenen keine Entschädigung gezahlt wird. Zu Schöffen werden sie aber jetzt schon in größerer Zahl gewählt.

Abg. Heine (Soz.): Das ist nicht der Fall. Es sind immer nur verschwindende Ausnahmen. Ueberhaupt geht man sehr willkürlich vor, auch in den Staaten, in denen man nicht die reaktionäre Luft Preußens atmet. Es wird z. B. gesagt, daß ein Schöffe, der dem Amtsrichter einmal bei einer Abstimmung unbequem war, nachher spurlos von der Liste verschwindet.

Staatssekretär Dr. Nieberding: Gegen derartige, allgemeine Behauptungen, die die Ehre eines ganzen Standes antasten, muß ich entschieden Verwahrung einlegen. (Beifall rechts.) Wenn man beschuldigt, muß man einzelne Fälle nennen.

Abg. Heckscher (frs. Vgg.): Wenn wirklich Arbeiter ganz allgemein zu Schöffen genommen werden, wie kommt es dann, daß die bayrische Regierung in einem Reskript ausdrücklich auffordert, mit der alten Uebung zu brechen und Arbeiter in die Schöffengerichte hineinzunehmen? (Sehr gut!)

Abg. Heine: Herrn Dr. Nieberding, der mich nach „speziellen Fällen" fragte, erwidere ich: Es gibt Dinge, die jeder ehrliche Wissende kennt und bestätigen wird, die zutreffen, auch ohne daß man Akten auf den Tisch legt. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. Dr. Wagner (kons.): In Sachsen werden jetzt vielfach Arbeiter schon zum Schöffendienst herangezogen. Wenn man hier eine bestimmte Direktive geben wollte, so wäre das ein Eingriff in die Unabhängigkeit der Richter. (Lachen bei den Soz.) Wer bürgt uns dafür, daß wir genügend unabhängige Arbeiter finden, wo die Sozialdemokratie ihre verbetende Tätig-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070314028/fragment/page=0002

keit ausübt? Für solche Schöffen, die sich von den sozialdemokratischen Führern kommandieren lassen, danken wir ergebenst. (Gelächter bei den Soz.)

Abg. **Günther** (fr. Vp.): Ich muß bestreiten, daß in Sachsen im allgemeinen Arbeiter zu Schöffen **gewählt werden, in** Dresden mag dies in Einzelfällen geschehen, allgemein geschieht es aber nicht.

Abg. **Singer** (Soz.) gibt dem Abg. Dr. **Wagner** zu bedenken, daß gerade in Sachsen sich **die Urteile gegen die Sozialdemokraten** nicht vorteilhaft auszeichnen. Werden doch die Sozialdemokraten dort von den Richtern als „Leute mindern Rechts" bezeichnet! Daß Arbeiter nicht geeignet sind, Recht zu sprechen, kann niemand behaupten, der auch nur eine Spur von Objektivität besitzt! Wo sie das tun, nämlich in Gewerbegerichten, sind alle über ihre Tätigkeit des Lobes voll! (Sehr richtig!) Ich muß Protest dagegen einlegen, daß die neue Mehrheit wiederholt versucht hat, die Ehre des deutschen Arbeiterstandes anzutasten! (Lärm rechts.)

Abg. Dr. **Wagner**: Wir wissen genau zu unterscheiden zwischen echt deutschen, national empfindenden Arbeitern und ihren Verführern. Wenn ich mir Herrn Singer ansehe, so muß ich sagen: er ist ganz etwas anderes als ein Arbeiter! Wir werden, unbekümmert um die Sozialdemokraten, nach wie vor unparteiisch Recht sprechen. (Lachen bei den Soz.)

Abg. Dr **Müller-Meiningen** (frs. Vp.): Ich muß entschieden Verwahrung dagegen einlegen, daß Herr Singer der „neuen Mehrheit" vorgeworfen hat, daß sie die Ehre des deutschen Arbeiters antaste. Wir vertreten die Interessen der Arbeiter gerade so gut wie Sie. (Zuruf rechts: Noch besser!) Ich muß es zurückweisen, daß sich die Sozialdemokratie einzig und allein als Vertreterin der Arbeiterschaft aufspielt. Und das gerade in einem Moment, wo wir für die Arbeiter eintreten. (Beifall.)

Abg. **Stadthagen**: Sie haben jetzt nichts getan, als eine alte Forderung der Sozialdemokratie aufzugreifen! Herrn Dr. Wagner sind wir aufrichtig dankbar; er hat uns in Erinnerung zurückgerufen, daß die sächsische Justiz gegen preußische gelehrte Richter Sturm lief, weil diese auch Sozialdemokraten nach den Prinzipien des Rechts beurteilten. Herr Dr. Wagner hat ja geradezu verlangt, daß die Justiz als politisches Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie dienen soll. (Lärm rechts Zuruf des Abg. **Bruhn**: Jüdische Verdrehung!)

Abg. **Singer**: Herr Dr. Wagner kommt mir vor wie eine Figur aus der sächsischen Schreckenskammer (Heiterkeit), solche Herren eignen sich am allerwenigsten zu Richtern. (Unruhe rechts.) Was meinen Vorwurf gegen die „neue Mehrheit" anlangt, so rektifiziere ich mich dahin, daß ich nur die Mehrheit dieser Verhandlung heute gemeint habe.

Abg. **Kreth** (kons.): Ich will den deutschen Richterstand nicht gegen die Angriffe der Sozialdemokratie in Schutz nehmen: das wäre eine Beleidigung des Richterstandes (Lachen bei den Soz.), deren ich mich nicht schuldig machen werde. Die Sozialdemokraten nennen sich Vertreter der Arbeiter. Unter den 43 Sozialdemokraten hier befindet sich kein Arbeiter, vielmehr Redakteure, Schriftsteller, Gewerkschaftsbeamte, Rechtsanwälte und ein Privatier, Herr Singer.

Präsident Graf **Stolberg**: Ich muß Sie bitten, nicht auf den privaten Beruf des Abg. Singer einzugehen. (Heiterkeit.)

Abg. **Kreth**: Ich wußte nicht, daß kein Beruf ein Beruf ist. (Heiterkeit.) Die Behauptung, daß das Ansehen des Richterstandes gelitten hat, muß ich entschieden als Unwahrheit zurückweisen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. **Wagner**, Dr. **Müller-Meiningen**, **Bruhn**, **Heine**, führt Abg. Dr. **Junck** (nl.) aus, daß die Behauptung, ein sozialdemokratischer Arbeiter eigne sich nicht zum Richteramt, durchaus ungerecht sei. In Sachsen hätten sich die Arbeiter als Schöffen und Geschworene, und im Gewerbegericht, durchaus bewährt. Sie wären durchaus unparteiisch gewesen und hätten sogar, wenn sie es für recht hielten, gegen ihre Genossen entschieden.

Hiermit schließt die Diskussion, da sich keiner mehr zum Wort gemeldet hat.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr. (Gesetz über den Hinterbliebenen- und Invalidenfonds und Interpellationen über die Verhältnisse der Privatbeamten und über Wahlbeeinflussungen.)

Schluß 6 Uhr.

Ausland.

Zur Katastrophe der „Berlin".

Bei Beantwortung einer Anfrage über den Zustand des Rettungswesens in Hoek van Holland stellte der holländische Minister Veegens eine Verordnung in Aussicht, wonach alle Passagierschiffe Leinen-Schießapparate an Bord führen müßten.

Englisches Unterhaus.

Im Verlaufe der gestrigen Sitzung gelangte eine von dem Nationalisten Hogan eingebrachte Resolution zur Verhandlung, in der gefordert wird, daß die unter dem Namen Coercion Act bekannten Ausnahmegesetze gegen Irland aufgehoben werden. Der Staatssekretär für Irland Birrell hieß die Resolution herzlich willkommen und erklärte, so lange die jetzige Regierung im Amt sei, werde die Coercion Act tot und begraben sein. (Beifall.) Die Regierung werde die Akte bei der frühestens sich bietenden Gelegenheit abschaffen; aber er glaube, die Zeit der gegenwärtigen Session werde besser der Ausführung der Reformen in der irischen Verwaltung gewidmet, die bereits im Programm der Regierung angekündigt worden seien. Die Resolution wurde schließlich mit 258 gegen 83 Stimmen angenommen.

Die russische Duma.

Zwischen Sozialdemokraten und Kadetten ist eine Verständigung angebahnt. Man erwartet, daß es in einer bei dem Fürsten Dolgorukow stattfindenden Versammlung den Kadettten gelingen wird, die Sozialdemokraten zu bewegen, daß sie in der Duma nach Verlesung der ministeriellen Erklärung für einfachen, nicht motivierten Uebergang zur Tagesordnung ohne Mißtrauensvotum stimmen. Da Präsident Golowin erklärt hat, daß er vor der ministeriellen Erklärung keinem Abgeordneten das Wort erteilen werde, haben die Sozialdemokraten von einer Erklärung betr. eine Amnestie Abstand genommen und beschlossen, diese Frage in der Debatte zur Sprache zu bringen, die sich etwa an die ministerielle Erklärung anschließen sollte. Besonders scharf verurteilen bäuerliche Abgeordnete die Absicht der Volkssozialisten und Sozialdemokraten, an der Regierungserklärung scharfe Kritik zu üben. Falls beide Parteien ihre Absicht nicht aufgeben, wollen die Bauern ohne Unterschied der politischen Richtung erklären, daß die der Intelligenz angehörigen Mitglieder beider Parteien gegen den Willen der Bauern handeln.

Frankreich.

Die Seeleute in Bordeaux wollen in den Ausstand treten.

Provinzialnachrichten.

* **Weißenfels, 14. März.** [Ein Uhrendieb.] Am Sonntag abend verschwanden hier aus einem Schaufenster 29 Taschenuhren im Werte von ungefähr 800 M. Als Dieb wurde der 12jähr. Edmund Merkel, ein bereits verwahrloster Bube, ermittelt. Der Bursche hat einen Helfershelfer und hatte einen Teil des Raubes in der Erde verscharrt.

* **Cölleda, 14. März.** [Kurz und bündig.] Rittergutspächter Hanke-Taubardt veröffentlicht im „Anzeiger" folgende Erklärung: „Hierdurch erkläre ich jedem Interessenten, daß an Sonn- und Festtagen weder ich noch meine Beamten für irgend jemand, und sei er selbst Minister, zu sprechen sind. Gleichzeitig bitte ich, bei Briefaufschriften an mich den albernen Titel: ‚Amtmann', sowie das noch einfältigere ‚Wohlgeboren' oder ‚Hochwohlgeboren' wegzulassen. Ich betrachte letzteres als veraltet und erbärmliche Kriecherei und nehme solche Briefe nicht an."

* **Mühlhausen, 14. März.** [Ein sonderbares System der Steuereinschätzung] hat in der hiesigen Stadtverwaltung Platz gegriffen. Der „Erfurter Allg. Anz." berichtet darüber: Durch Beschluß der Finanzkommission und der Stadtverordneten wurde am 19. Februar beschlossen, sämtliche Steuern um 5 Proz. zu ermäßigen. Die dadurch eingetretene Minderbelastung der Steuerzahler wird aber illusorisch gemacht durch eine strammere Anziehung der Steuerschraube, durch die der Verlust von einigen Mark doppelt und dreifach wieder herausgeholt wird. Es genügt den Beamten nicht, daß sie durch die Gehalts- und Lohnlisten der Arbeitgeber ganz genau über das Einkommen der Abgabepflichtigen unterrichtet sind, die durch die Bank in eine höhere Steuerstufe gekommen sind. Man greift auch noch zu Mitteln, durch die in den Kreisen der sparenden Einwohner eine gewisse Erregung hervorgerufen worden ist. Ohne Wissen des Oberbürgermeisters, das sei besonders festgestellt, kontrollierten einige Beamte die Spareinlagen in der städtischen Sparkasse, um den einen oder anderen, der etwaige Zinsen nicht mitversteuert, in eine höhere Steuerstufe zu bringen. Da diese Untersuchungen bekannt wurden, haben eine Reihe Sparer ihre Einlagen aus der städtischen Sparkasse herausgenommen und in die Kreis-Sparkasse getragen. Wer den Schaden von dieser Auswanderung hat, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

* **Vom Brocken, 13. März.** [Witterungsbericht.] Am Montag herrschte auf dem Brocken dichter Nebel und leichter Schneefall. Gestern früh hatten wir einen Rauhreifansatz von 14 Zentimeter, und gegen 8 Uhr vormittags durchbrach die Sonne die Nebelhülle und es wurde vollständig klar mit weiter Fernsicht, so daß man gegen Mittag den Petersberg bei Halle und zuweilen den Silberstreifen der Elbe unweit Magdeburg erblickte. Die Sonne, die mit fast sommerlicher Wärme schien, weichte die hartgefrorene Schneedecke etwas auf, so daß in den Nachmittagsstunden die Wege für Fußgänger nicht sehr günstige waren. In der Nacht trat wieder dichter Nebel und leichter Schneefall ein, der auch heute vormittag anhält. Die Menge des Neuschnees ist nicht groß, aber durch den Sturm vom 11. sind die Wege wieder vollkommen verweht. Seit den ersten Morgenstunden weht der Wind aus südwestlicher Richtung und die Temperatur ist auf 7 Grad Kälte gesunken. (Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.)

* **Nordhausen, 14. März.** [In den Ausstand] traten gestern sämtliche Kutscher und Transportarbeiter.

— [Erledigte Stellen für Militäranwärter im Bezirke des IV. Armee-Korps.] 1, April 1907: Halle (Saale), Kaiserliches Postamt, der Amtsort wird bei der Einberufung bestimmt, 61 Postschaffner und Briefträger; Probezeit sechs Monate; zunächst auf dreimonatige Kündigung; 900 M. Gehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß jährlich, das Gehalt steigt bis 1500 M. jährlich; Meldungen versorgungsberechtigter Personen sind an die Kaiserliche Oberpostdirektion in Halle (Saale) zu richten. 1. April 1907: Halle (Saale), Kaiserl. Postanstalt, der Amtsort wird bei der Einberufung bestimmt, 20 Landbriefträger; Probezeit sechs Monate; zunächst auf dreimonatige Kündigung; 800 M. Gehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß jährlich, das Gehalt steigt bis 1000 M. jährlich; Meldungen versorgungsberechtigter Personen sind an die Kaiserliche Oberpostdirektion in Halle (Saale) zu richten. — Der Tag der Einberufung bleibt vorbehalten: Halle (Saale), Königl. Eisenbahndirektion für den Gruppenbezirk Erfurt, Halle (Saale) und Posen, der Dienstort wird bei der Einberufung bestimmt, Stationsdiener; Bewerber dürfen das vierzigste Lebensjahr nicht überschritten haben und müssen ein ausreichendes Hör-, Seh- und Farbenunterscheidungsvermögen besitzen; Probezeit sechs Monate, nach deren Ablauf die Prüfung zum Stationsdiener abgelegt werden muß; nach bestandener Prüfung auf einmonatige Kündigung; zunächst 900 M. diätarische Jahresbesoldung, bei der Anstellung als etatsmäßiger Stationsdiener 900 M. Jahresgehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß (jährlich 108 bis 360 M.) oder Dienstwohnung, das Jahresgehalt der etatsmäßigen Stationsdiener steigt von 900 bis 1200 M.; der Bewerbung sind beizufügen: ein beantworteter Fragebogen, ein von einem Bahnarzt der Staatseisenbahnverwaltung oder von einem Staatsmedizinalbeamten ausgestelltes Zeugnis und die im Fragebogen bezeichneten Ausweise; Vordrucke zum Fragebogen und zum ärztlichen Zeugnis sind von der Königl. Eisenbahndirektion zu erbitten. — 1. April 1907: Dessau, Polizeiverwaltung, zwei Schutzmänner; Bewerber darf nicht unter 1,72 m groß sein; Probezeit sechs Monate, für Nichtmilitäranwärter beträgt die Probezeit mindestens ein Jahr; nach Ablauf der Probezeit erfolgt Anstellung zunächst auf dreimonatige Kündigung, nach weiteren drei Jahren auf Lebenszeit; während der Probedienstzeit je 1100 M., von der Anstellung auf Kündigung an 1200 M. Gehalt jährlich und freie Dienstkleidung, das Gehalt steigt von der Anstellung auf Kündigung an von 3 zu 3 Jahren um je 100 M. bis zum Höchstgehalt von 2000 M., außerdem wird vom 1. Juli desjenigen Jahres ab, das auf die Vollendung des 40. Lebensjahres folgt, eine pensionsberechtigte Alterszulage von 100 M. gewährt; der Anzustellende wird nach Maßgabe der Bestimmungen für Staatsdiener pensionsberechtigt, ebenso wird er von der Anstellung an Mitglied der städtischen Witwen- und Waisenkasse ohne Beitragszahlung. — 1. April 1907: Halle (Saale), Kaiserl. Oberpostdirektion, drei Postschaffner; Probezeit sechs Monate; zunächst auf dreimonatige Kündigung; 1000 M. Gehalt und der tarifmäßige Wohnungsgeldzuschuß jährlich, das Gehalt steigt bis 1500 M. jährlich; Meldungen versorgungsberechtigter Personen sind an die Kaiserl. Oberpostdirektion in Halle (Saale) zu richten. — Drei sofort, drei zum 1. April 1907: Halle (Saale), Polizeiverwaltung, Polizeisergeanten; Besitz des Zivilversorgungsscheins und der preußischen Staatsangehörigkeit seit zwei Jahren, mindestens 26 Jahre alt und mindestens 1,70 m groß; Probezeit sechs Monate; während der Probedienstzeit besteht einmonatige, jederzeit zulässige Kündigung, nach erfolgreicher Ableistung derselben erfolgt definitive Anstellung zunächst auf dreimonatige Kündigung. Anstellung auf Lebenszeit dagegen erfolgt erst nach fünfjähriger Dienstzeit im Dienste der Stadt und Vollendung des 35. Lebensjahres; während der Probedienstzeit je 1500 M. jährlich, vom Tage der definitiven Anstellung ab je 1500 M. Gehalt und 75 M. Kleidergelder jährlich, das Gehalt steigt von 3 zu 3 Jahren um je 50 M. bis zum Höchstbetrage von 1800 M., späteres Einrücken in Polizeiwachtmeisterstellen bei eintretender Vakanz und nachgewiesener Befähigung nicht ausgeschlossen, womit dann ein Gehalt von 1900 M., steigend von 3 zu 3 Jahren um je 200 M. bis auf 3100 M., neben 90 M. jährlichen Kleidergeldern, verbunden ist; für Polizeisergeanten beträgt das Anfangsgehalt vom 1. April 1907 ab 1600 M. und steigt von 3 zu 3 Jahren zweimal um je 100 M. und viermal um je 75 M. bis zum Höchstbetrage von 2100 M.; die Stellen sind pensionsberechtigt, die Militärdienstzeit wird bei der Pensionierung nur den zivilversorgungsberechtigten Personen angerechnet; dem Gesuche sind beizufügen: Lebenslauf, Zivilversorgungsschein im Original oder beglaubigter Abschrift, militärisches Formular-Führungsattest für die ganze Dauer der Dienstzeit im Original oder beglaubigter Abschrift, event. auch ortspolizeiliches Führungsattest für die Zeit seit dem Ausscheiden aus dem Militärdienst, Angabe des Größenmaßes, ärztliches Attest. Sollten sich zu den ausgeschriebenen Stellen geeignete Zivilversorgungsberechtigte nicht in ausreichender Zahl melden, so können auch nichtzivilversorgungsberechtigte Personen eingestellt werden, wenn sie mindestens 26 Jahre alt und mindestens 1,70 m groß sind sowie eine Militärdienstzeit von mindestens sieben Jahren nachweisen; Militärmusiker werden nicht angenommen, da sie eine zu kurze Ausbildung im Dienste mit der Waffe genossen haben.

* **Tangermünde, 14. März.** [Um einen Schnaps.] Vor einiger Zeit war hier ein Gastwirt angeklagt, weil er Branntwein ausgeschänkt habe, ohne die Konzession dazu zu besitzen. In dem Strafverfahren sagten verschiedene Personen, zwei Lieferanten des Angeschuldigten und eine Anzahl Gäste, unter ihrem Eide zu seinen Gunsten aus, und daraufhin wurde er freigesprochen. Jetzt sind in dieser Angelegenheit an einem Tage neun Einwohner von Tangermünde wegen Meineidsverdachts in Haft genommen und nach Stendal gebracht worden.

Vermischtes.

Eine Lotterie zum Besten der Pensionsanstalt deutscher Journalisten und Schriftsteller ist durch Erlaß des Kaisers für die ganze preußische Monarchie genehmigt worden. Die Einzelheiten sind aus dem Inseratenteil der heutigen Nummer ersichtlich. Die Ziehung findet in München unter Staatsaufsicht am 21. und 22. März statt. Da für eine Einlage von 3 M. eine wesentliche Gewinnchance geboten wird, so ist die Beteiligung an dieser Lotterie auf das Beste zu empfehlen.

Mord und Selbstmord. In der vergangenen Nacht zwischen 10 und 11 Uhr erschoß in Berlin der pensionierte Lokomotivführer Wilhelm Weber, ein 66 Jahre alter Witwer, die 24 Jahre alte Plätterin Ida Heine in ihrer Wohnung, wo sie mit ihrer Schwester, der 26 Jahre alten Blumenhändlerin Helene Heine, zusammen wohnte. Darauf tötete er sich selbst durch einen Revolverschuß. Der Beweggrund zu der schrecklichen Tat war Eifersucht.

Die von den pommerschen Fischern lange ersehnten Heringsschwärme sind jetzt vor Rügen eingetroffen. Die Neukamper Fischer fingen an einem Nachmittag etwa 4000 Wall Heringe. Pommersche Fischer befischen auch die Kieler Gewässer. Diese Fischer machten Ende Februar und noch Anfang März wahre Fischzüge Petri. Ein Boot brachte allein 12,000 Wall Sprotten und Heringe ans Land, andere Fischer 20 Boote voll schöner fester Vollheringe. Wenn auch die Preise infolgedessen auf 3 Mark das Wall zurückgegangen sind, so haben diese Fänge immerhin noch einen Wert von über 10,000 M. für die Fischer gehabt.

Ein fünfjähriger Mörder. In Niedermünsbach unweit Straßburg stritten sich in der Wohnstube mehrere Kinder des Ackerers Jud. Ein 5jähriger Knabe ging in ein Nebenzimmer, holte eine scharfgeladene Jagdflinte und schoß in seine Geschwister hinein. Von der Schrotladung wurden drei der Kinder getroffen, zwei davon tödlich.

Schreckliche Bluttat. Aus Warburg wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Ein 14jähriger Schüler aus Fredenburg lockte einen 6jährigen Knaben in den Wald, ermordete ihn durch Beilhiebe und warf die Leiche ins Wasser. Der Mörder wurde verhaftet.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Burgstr. 38), 13. März

Aufgeboten: Bahnarb. Otto Seifert u. Marie Edner (Diemitz u. Ludwig Wuchererstr. 33). Kaufm. Otto Schubert u. Minna Schröder (Trothaerstr. 78 u. Saalestr. 6). Modelltischler Otto Jordan u. Berta Schmidt (Braunschweig u. Gabelsbergerstr. 10). Kutscher Hermann Hausherr u. Anna Emmerich (Naumburgerstr. 19 u. Platanenstr. 4).

Eheschließung: Schneider Johann Hitzig und Anna Smirra (Georgstr. 5).

Geboren: Fabrikarbeiter Wilhelm Schubach T., Dora (Jägerplatz 22). Konditor Max Schmidt T., Anneliese (L. Wuchererstraße 60). Rechtsanw. Lothar Jordan T., Eva (Mühlweg 22).

Standesamt Halle S. (Steinweg 2), 13. März.

Aufgeboten: Schlosser Max Bauermann u. Maria Ernst (Landsbergerstr. 66 u. Reilstr. 13). Oberlehrer Dr. phil. Rudolf Marquardt u. Martha Dettenborn (Marburg u. Steinweg 1). Hilfsmagazinaufseher Alfred Rothenhäuser u. Martha Nowak (Volkmannstr. 18 u. Kühler Brunnen 1). Militär-Invalide Friedrich Trautwein u. Paula Rohde (Böllbergerweg 19 u. Domplatz 8). Geschäftsreisender Max Pönitz u. Auguste Georgius (Dryanderstraße 20 u. Landsbergerstr. 10).

Geboren: Arbeiter Edgar Förster T., Gertrud (Zapfenstr. 14). Handarbeiter Max Dittmar S., Karl (Graseweg 2/3). Kernmacher Paul Dalchow S., Ernst (Brüderstr. 11). Prokurist Otto Bertram S., Wolf-Günter (Torstr. 61). Bauführer Max Rammler S., Max (Crondorferstr. 11). Handarbeiter Albert König S., Kurt (Bäckerstr. 8). Gepäckträger Otto Schinke T., Gertrud (Rud. Haymstr. 9).

Gestorben: Oberbürgermeister a. D. Geh. Regierungsrat Franz von Voß, 90 J. (Franckestr. 2). Knecht Friedrich Schwalbe, 49 J. (Klinik). Zimmermanns Karl Schleinitz Ehefrau Auguste geb. Schmidt, 51 J. (Klinik). Schneidermeisters August Eckelmann Ehefrau Katharine geb. Böttcher, 76 J. (Moritzkirchhof 4). Handarbeiters Karl Koch S. Otto, 3 Mon. (Jacobstr. 31). Schlossers Otto Dinges S. Richard, 1 J. (Langestr. 9).

Auswärtige Aufgebote.

Geschirrführer Emil Behrendt u. Martha Dietsch (Dobis und Brachwitz). Schneidermeister Ferdinand Beßler und Minna Würzig (Nietleben u. Halle). Schmied Hermann Hobberger und Friederike Schmidt (Halle und Rollsdorf). Maurer Emil Kern u. Marie Kuhfuß (Halle u. Unter-Teutschenthal). Maurer Ernst Meyer und Martha Benekenstein (Volkstedt). Zimmermann August Schnorrbusch u. Agnes Funk (Artern u. Gerbstedt). Postbote Karl Pertzsch u. Alma Matthäus (Radewell u. Treben).

Wetter-Aussichten.

(Auf Grund der Berichte der Deutschen Seewarte.)

[Nachdruck verboten.]

15. März: Wolkig, bedeckt, naßkalt, Niederschläge, Wind.
16. März: Veränderlich, naßkalt, Regenfälle, windig.
17. März: Teils heiter, teils bedeckt, Niederschläge, heftiger Wind.
18. März: Feuchtkalt, starker Wind, Niederschläge, teils heiter.

Meteorologische Station zu Halle.

	13. März 9 Uhr abends	14 März 7 Uhr morgens
Barometer Millimeter . . .	748,7	744,4
Thermometer Celsius	1,3	1,1
Rel. Feuchtigkeit	87 %	79 %
Wind	SW 4	SW 2

Maximum der Temperatur am 13. März: 4,9 ° C.
Minimum in der Nacht vom 13 zum 14. März: 0,0 ° C.
Niederschläge am 14. März 7 Uhr morgens: 1,1 mm.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Bloch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: Carl Romacker; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten —

45 Pfd. bestes Rindfleisch = 1 Pfd. Armour's Fleischextract

Dunkel von Farbe. — Stark konzentriert — Besitzt den Wohlgeschmack des Fleisches.
Die ständige staatliche Kontrolle der Fabrikation bietet eine sichere Garantie für die Güte und Reinheit des Produktes.

Senden Sie uns eine Staniolkapsel unseres Fleischextraktes und wir senden Ihnen ein Kochbuch mit ausgewählt. Rezepten, verfasst von Frau Lina Morgenstern gratis und franko.
Armour & Co. Ltd. Hamburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070314028/fragment/page=0003

M. Bär's 88 Pfg.-Woche.

Unerreichte Vorteile.
Sehenswerte Innendekoration.
Beachten Sie die Schaufenster.

Beginn Freitag vormittag.

Mk. 3,000,000
4% Königsberger Stadt-Anleihe.

Verstärkte Tilgung und Gesamtkündigung bis 1. April **1917** ausgeschlossen.

Wir geben, soweit der Vorrat reicht, obige Anleihe zum Kurse von 100% franko Provision ab.

Bank für Handel u. Industrie
Filiale Halle a. S.

Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank)
Gegründet 1853.
Aktien-Kapital und Reserven 183½ Millionen Mark.
Filiale Halle a. S.
Alte Promenade 3 (gegenüber dem Stadttheater).

Eröffnung von laufenden Rechnungen
(Conto-Corrent-Verkehr).
Ankauf von Wechseln.
Checkverkehr.
Annahme von Spareinlagen und Depositengeldern.
An- und Verkauf, Verlosungskontrolle,
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen.
Kreditbriefe auf das In- und Ausland.
Vermietung von Schrankfächern.

Hiermit geben wir bekannt, daß sich unsere Geschäftsstelle von jetzt ab
Franckestr. 2, part.
befindet und unter Nr. 332 an das Fernsprechnetz angeschlossen ist.
Geschäftszeit: 8—12 Uhr vorm. u. 2—7 Uhr nachm.
Hallescher Verkaufsverein für Ziegelfabrikate, A.-G.

Tee letzter Ernte.

Von unseren direkt importierten **Souchongs u. Melange-Tees** empfehlen wir:

	1 Pfd.	¼ Pfd.
Feiner Souchong III, rein und gut schmeckend	1.40	0.40
„ „ **II,** mittelkräft., rein u. gut schmeck.	1.80	0.50
„ „ **I,** sehr aromatisch, mild und fein	2.70	0.75
Sehr feiner Souchong O, hocharomatisch, exquisiter Geschmack	3.60	1.—
Allerfeinster Souchong, Kaiser-Tee	5.50	1.50
Engl. Mischung, sehr kräftig, aromat. u. sehr ergiebig	2.70	0.75
Russ. Mischung, sehr aromatisch, mittelkräft., ergiebig	2.70	0.75
Mischung Exquisit, feiner Gesellschaftstee, sehr blumig, hocharomatisch, mild und ergiebig	3.60	1.00
Kaiser-Mischung, edelste Sorten	5.50	1.50
Teespitzen, von allen feineren Sorten zusammen	1.20	
„ von allen feinsten Sorten zusammen	1.60	

Vorzügliche **Bruchschokolade** Pfund 0.90, bei 5 Pfund 0.85.
Kakao, Qual. III, wohlschmeckend und ergiebig „ 1.40, ¼ Pfund 0.35.
„ Qual. II, sehr aromatisch und wohlschmeckend „ 1.60, „ 0.40.
„ Qual. I, hocharomatisch und wohlschmeckend „ 1.80, „ 0.45.
„ Qual. Pr. I, exquis. Geschmack „ 2.— „ 0.50.
Bester gemahl. **Zucker** Pfund 19 Pfg.
Bester **Patent-Würfelzucker** Pfund 23 Pfg.

Alle Sorten
Braunschweiger Gemüsekonserven und Rheinische Kompottfrüchte
zu Vorzugspreisen.
Prachtvolle süsse Apfelsinen,
Dtzd. —.60, —.80, 1.00 Mk.
Feine Messina-Blutorangen Dtzd. Mk. **1.30.**
Grosse Messina-Zitronen Dtzd. **70** Pfg.

Pottel & Broskowski.

Von Montag den 18. ds. Mts. an habe ich eine Auswahl von
ca. **60 Stück bester**
holsteiner u. hannoverscher Wagenpferde
sowie dänischer u. belgischer Arbeitspferde.
Halle a. S., Dorotheenstr. 7. Tel. 1195.
Chr. Körber.

Süssmilch's Walhalla-Theater.

Jeden Abend
Elite-Künstler-Vorstellung.
Anschliessend
Internat. Ringkämpfe.

Heute Donnerstag, den 14. März, ringen:

Willy Stalling (Bremen) gegen **Pierard le Kolosse** (Frankreich).
F. Vermeylen (Belgien) gegen **Leon Dewolff** (Holland).

Die Herausforderung,
welche der Portugiesische Ringer **Salvator** an den hier auftretenden **Carlos** erlassen hat, ist von **Carlos** angenommen worden unter der Bedingung, dass der Kampf sofort **bis zur Entscheidung** ausgetragen wird.

Mithin ringen:
Carlos (Portugal) gegen **Salvator** (Portugal)
um den Titel Champion von Portugal!
bis zur definitiven Entscheidung!

Kaisersäle.
Freitag, den 15. März, abends 8 Uhr
Grosses
Philharmonisches Extra-Konzert
des verstärkten **Winderstein-Orchesters** aus Leipzig.

Beethoven, Symphonie No. 3 (Eroica). Hugo Wolf, Italien. Serenade. R. Wagner, Karfreitagszauber a. „Parsifal." R. Strauss, Tod und Verklärung, Tondichtung für grosses Orchester.

Populäre Preise! Numerierte Plätze zu Mk. 2.10, 1.55 und 1.05, Stehplatz 80 Pfg. Den Abonnenten der Philharmonischen Konzerte bleiben ihre Plätze bis 12. März abends reserviert. Karten bei **Heinrich Hothan.**

Donnerstag, den 14. März 1907, abends 8 Uhr, in den
Thalia-Festsälen
49. Unterhaltungsabend
des Volksbildungsvereins in Halle a. S.
Robert Schumann-Abend,
veranstaltet von Damen der Musikgruppe Halle (des Verbandes deutscher Musikliebhaberinnen) unter gefl. Mitwirkung der Herren Staatsanwalt Comte, Obertelegraphenassistenten Gräfe und Girnth, Cellovirtuos Schwendler und Herrn Siegfried Scheiber, Gesanglehrer an Heydrichs Konservatorium.

Programm:
1. **Vortrag** von Herrn Siegfried Scheiber, Gesanglehrer an Heydrichs Konservatorium.
2. **Fantasiestücke** op. 12. a) Des Abends. b) Aufschwung. c) Warum. d) Grillen.
3. **Liederkreis:** Frauenliebe und Leben, op. 12. (Frl. Margarete Knüpfer.)

Pause.

4. **Klavierquintett** op. 44: a) Allegro brillante. b) In modo d'una marcia c) Molto vivace. d) Allegro ma non troppo.
(Frl. Mathy u. die Herren Comte, Gräfe, Girnth u. Schwendler.
5. **Vier Lieder für eine Singstimme:** a) Frühlingsfahrt. b) Intermezzo c) Du bist wie eine Blume. d) Er ist's. (Frl. Frida Berve.)

Blüthner-Konzertflügel aus dem Magazin des Herrn **Döll.**
Programm im Vorverkauf **25 Pfg.**, an der Kasse **30 Pfg.**

Deutsche Reichsfechtschule
Verband Halle-Thüringen.
Protektor: der Königliche Regierungs-Präsident zu Merseburg Freiherr von der Recke, Ritter pp.

Bekanntmachung.

Mittwoch, den 20. ds. Mts., findet im großen Saale der **Thalia-Festsäle** ausschließlich zum Besten unserer armen Halleschen Waisen eine
große Wohltätigkeitsveranstaltung
unter gütiger Mitwirkung der Hochschule für Musik — Direktor Vitalis Dresser —, des Chordirektors Herrn **Klanert**, des bekannten Herbst-Quartetts und des Schriftstellers Herrn **Werner Wilm** zu Wilmersdorf bei Berlin, sowie des Henschel-Görlachschen Musik-Instituts, bestehend aus
großem Vokal- und Instrumental-Konzert und Theater,
statt. Die Balletteinlage, ausgeführt von 16 Damen, Töchter hiesiger Bürger, ist vom Lehrer der Tanzkunst Herrn **Gustav Krüger**, Ludwig Wuckerer-straße 77, welcher seine Ausbildung vom Königl. Tänzer und Ballettmeister Märich, Berlin, erhalten hat, einstudiert.

Preise der Plätze: Sperrsitz 2 M., Parkett I. 1,50 M., Parkett II. 1 M., 0,75 M., Balkon vordere Reihe 1,50 M., II. Reihe 1 M., hintere Reihe 0,75 M., Stehplatz 0,50 M.

Vorverkauf in den Hofmusikalienhandlungen von **Heinrich Hothan** und **Reinhold Koch**, Zigarrenhandlungen von **Steinbrecher & Jaspar, Kizing und Heinze.**

Beginn präzise 7¾ Uhr. **Kassenöffnung 7 Uhr.**
Halle a. S., im März 1907. **Der Verbands-Vorstand.**

Stadttheater Halle a/S.
Freitag den 15. März 1907
177. Abonn.-V. 1. B. Umtauschk. ungültig.
Herthas Hochzeit.
Lustspiel in 3 Akten von Max Bernstein.

Personen.	
Kommerzienrat Heyden	B. Wünting
Hertha }	Elly Müller a. G.
Paul } seine Kinder	W. Steineck
Rosenthal	E. W. Müller a. G.
Präsident von Brockdorff	R. Nonnenbruch
Ingenieur Lutz	E. Gode
Journalist Ziegler	R. Lüttschann
Frl. Löning, 1. Vorsitzende	F. Wagner
Frl. Heff, 2. Vorsitzende	M. Brandow
Frl. Scheffer, 3. Vorsitzende	M. Schlomka
Frl. Dr. Brant, Bibliothekarin des Vereins „Libertas"	H. Lafrenz
Herr Schmidtner	F. Amberg.
Frau Schmidtner	A. Amberg
Professor Giesenhagen	R. Scholling
Kandidat Plemlein	K. Stadlberg
Frau Plannschmidt	M. Lübben
Witwe Frenzel	R. Laaßner
Erste Dame	E. Walden
Zweite Dame	K. Kurzbuch
Dritte Dame	J. Glegler
Vierte Dame	Fr. Pälow
Fanny, Dienstmädchen bei Heyden	G. Kierwin
Erster Kellner	O. Wolf
Zweiter Kellner	R. Fernando.

Mitglieder und Gäste des Vereins „Libertas". Kellner.
Zeit: Gegenwart. — Ort: Süddeutsche Provinzialhauptstadt. — Das Stück spielt an vier aufeinander folgenden Tagen.
Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Neues Theater
Direktion: E. M. Mauthner
Freitag **BENEFIZ** Wilhelm Nebel.
KEAN oder Leidenschaft und Genie.
Sonnabend Zum 38. Male: **Husarenfieber.**

Apollo-Theater
Direktion: **Gustav Poller.**
Nur noch 2 Tage:
Gastspiel des **„Berliner Apollo-Ensembles".**
Dir.: **H. Cornelli.**
Der Stern von Siam
(Nakiris Hochzeit).
Gr. Ausstattungs-Burleske in 3 Akten von **Paul Lincke.**
Im 3. Bilde:
„Ein Nachtfest in Siam"
Gr. Ballett, arrangiert vom Ballettmeister **G. Cerutti.**

Auswärtige Theater.
Freitag den 15. März 1907.
Altenburg. Hoftheater: Götterdämmerung.
Dessau. Hofth.: Ein idealer Gatte.
Erfurt. Stadttheater: Die Jungfrau von Orleans.
Gotha. Hoftheater: Der Kaufmann von Venedig.
Leipzig. Neues Theater: Margarethe. — Altes Theater: Husarenfieber. — Leipziger Schauspielhaus: Der Abt von St. Bernhard.
Magdeburg. Stadttheater: Die lustige Witwe.

Kaiser-Panorama.
Interess. Besichtigung der
Ozean-Dampfer
der Hamburg-Amerika-Linie.

Zool. Garten
Freitag, den 15. März, nachmittags 3½ Uhr
III. Elite-Konzert
ausgeführt vom
Leipziger Tonkünstler-Orchester.
Leitung: Herr Kapellmeister **Günther Coblenz.**
Eintrittspreis:
Erw. 60 ₰. Kinder 30 ₰.

Privat-Tanzunterricht erteilt ungeniert zu jeder Zeit **Ad. Fröbe, L. Wuchererstr. 46 p.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19070314028/fragment/page=0004